

ABI 2021

Auf einen Blick •

**MEHR
ERFAHREN**

Wi

Niede

Theoretische Grundlagen
Politische Partizipation
Soziale Marktwirtschaft •
Friedenssicherung •
Weltwirtschaftliche Verflechtung •



STARK

3 Was erwartet mich?

THEORETISCHE GRUNDLAGEN

4 Demokratietheorien (eA)

6 Der politische Prozess

POLITISCHE PARTIZIPATION

8 Partizipation durch Wahlen

10 Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien

12 Engagement in Interessenverbänden und Initiativen

14 Direktdemokratische Elemente

16 Die Verfassungsorgane (I)

18 Die Verfassungsorgane (II)

20 Entwicklung politischer Teilhabe (eA)

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

22 Soziale Ungleichheit

24 Verteilungsgerechtigkeit

26 Soziale Marktwirtschaft

28 Markt und Staat

30 Markt, Staat und Umwelt

FRIEDENSSICHERUNG

- 32 Internationale Konflikte und Kriege
- 34 Aktuelle Konflikte und Konfliktanalyse (eA)
- 36 Konfliktbewältigung
- 38 Die UNO*
- 40 Konfliktlösung durch die UNO*

WELTWIRTSCHAFTLICHE VERFLECHTUNG

- 42 Ökonomische Globalisierung*
- 44 Außenhandelspolitik und Handelsregime
- 46 Schwellen- und Entwicklungsländer* (eA)

* Vor dem Hintergrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Beeinträchtigungen des schulischen Ablaufs zählen diese Themen nicht mehr zu den Schwerpunktthemen im Abitur 2021.

Buchtipp:

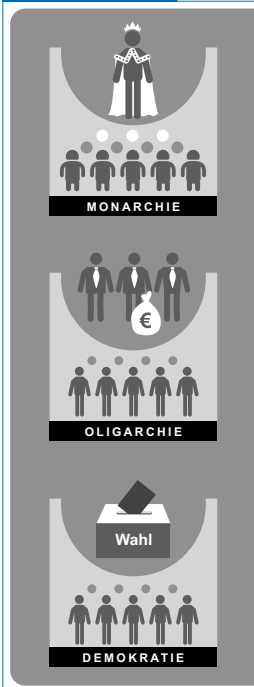
Original-Prüfungsaufgaben: Abiturprüfung Niedersachsen – Politik-Wirtschaft gA/eA,
STARK Verlag, Best.-Nr. 35800

Die **Inhaltsfelder des Abiturs im Fach Politik-Wirtschaft** sind breit gestreut. Es ist daher nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. Ihnen dabei zu helfen, ist das Hauptanliegen des vorliegenden Büchleins, das nach dem Doppelseiten-Prinzip aufgebaut ist.

- **Alle Schwerpunktthemen** werden auf jeweils zwei (in einem Ausnahmefall vier) Seiten in knappen Stichpunkten sehr übersichtlich dargestellt. Die Schwerpunktthemen, die explizit für das erhöhte Anforderungsniveau vorgesehen sind, sind entsprechend gekennzeichnet.
- Jedes Thema beginnt mit einem **Schaubild**, das ein schnelles Erfassen wichtiger Punkte ermöglicht und zentrale Merkmale veranschaulicht.
- **Kleine Hinweise** neben jedem Schaubild beziehen sich jeweils auf wissenswerte und interessante Zusatzinformationen und können optimal als Merkhilfe dienen.
- Die **Gliederung** des Büchleins folgt den inhaltlichen Schwerpunkten des Lehrplans, um eine zielgerichtete Vorbereitung auf das Abitur zu gewährleisten:
 - Das erste Kapitel umfasst **theoretische Grundlagen**. Auf Basis demokratietheoretischer Konzepte werden unterschiedliche Ausprägungen des Demokratiemodells vorgestellt. Außerdem werden das Modell des Politikzyklus sowie die Kategorien eines differenzierten politischen Urteils anschaulich erläutert.
 - Das zweite Kapitel umfasst das vielschichtige Thema **Politische Partizipation**. Dabei werden wichtige Formen der politischen Beteiligung erläutert. Auch auf die Rolle und Funktionen der einzelnen Verfassungsorgane, die letztlich den Willen der Wähler in politische Entscheidungen umsetzen sollen, wird im Einzelnen eingegangen.
 - Das Kapitel **Soziale Marktwirtschaft** behandelt zunächst verschiedene Formen sozialer Ungleichheit sowie grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit. Nach einer Erläuterung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft wird auf die Rolle des Staates im Wirtschaftssystem eingegangen. Auch Fragen des Umweltschutzes werden ausführlich behandelt.
 - Im Kapitel **Friedenssicherung** werden zunächst „alte“ und „neue“ Kriege unterschieden, Kriegsursachen geklärt und allgemeine Entwicklungstendenzen dargestellt. Außerdem werden neben einem Überblick über das aktuelle Kriegsgeschehen ein Schema zur Konfliktanalyse und Konfliktlösung vorgestellt sowie die Rolle der UNO bei der Friedenssicherung aufgezeigt.
 - Das letzte Kapitel konzentriert sich auf **weltwirtschaftliche Verflechtungen**. Ausgangspunkt ist die ökonomische Globalisierung. Deren Ursachen, Dimensionen und Auswirkungen werden erläutert. Im Weiteren werden unterschiedliche Handelsregime einander gegenübergestellt und die WTO als wichtiger Akteur in der Außenhandelspolitik vorgestellt. Auch wird aufgezeigt, inwieweit nationale Wirtschaftspolitik heute überhaupt noch stattfinden kann. Abschließend wird auf die Position der Schwellen- und Entwicklungsländer im globalen Handel eingegangen, wobei auch Indikatoren zur Messung gesellschaftlicher Entwicklung vorgestellt werden.

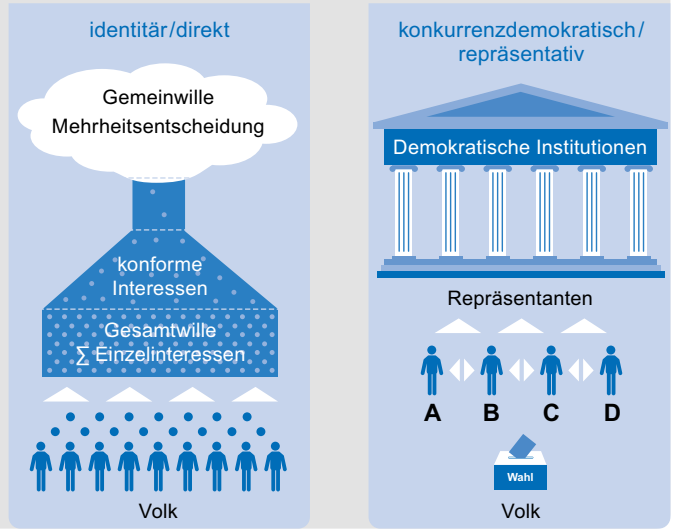
Der STARK Verlag wünscht Ihnen bei der Arbeit mit dem Buch viel Freude und für das Abitur viel Erfolg!

Auf einen Blick



Übrigens ... Die erste deutsche Demokratie war die Weimarer Republik. Sie konnte sich jedoch nicht gegenüber dem Nationalsozialismus behaupten.

DEMOKRATIE



Demokratie als Form politischer Herrschaftsordnung

- Unterscheidung der Herrschaftsordnung nach **Anzahl der herrschenden Personen:**
 - Monokratie:** Herrschaft eines Einzelnen (Diktatur, Despotie, Tyrannei)
 - Oligarchie:** Herrschaft weniger Personen oder bestimmter Gruppen
 - Demokratie:** Herrschaft des Volkes (griech. *demos*: das Volk, *kratein*: herrschen)
- plebiszitäre Demokratie:** direkte Ausübung der Herrschaft durch das Volk
- repräsentative Demokratie:** Vertretung des Volkes durch gewählte Repräsentanten
- Merkmale moderner westlicher Demokratien:** Volkssouveränität, Rechtsstaatsprinzip, Pluralismus, Gewaltenteilung, Menschenrechte, verfassungsgemäßes politisches Handeln

Direktdemokratische und repräsentative Demokratiemodelle

Identitätstheorie nach Jean-Jaques Rousseau (1712–1778)

- Menschenbild:** die Menschen sind „frei geboren“ und „gut“; moralische und politische Gleichheit aller Menschen → jeder ist untrennbarer Teil des Ganzen; friedfertiger Naturzustand
- Lehre von der Gleichheit in der Gesellschaft:** gleichberechtigtes Bestimmen über das gemeinschaftliche Leben → gemeinschaftliche Verabschiedung von Gesetzen



- Oberste Richtschnur ist der **Gemeinwille (volonté generale)** als Summe übereinstimmender Einzelinteressen (im Unterschied zum Gesamtwillen als Summe aller Einzelinteressen)
- **Identität von Einzel- und Gemeinwille** → Identität von Herrscher und Beherrschten
- **Gesellschaftsvertrag**: stillschweigende Übereinkunft, dass der Einzelne, der nicht dem Gemeinwillen folgt, von den Gemeinschaftsmitgliedern dazu gezwungen werden darf
- Folgerung: **Gesamtwesen als Souverän** → Selbstregierung des Volkes (direkte Demokratie) durch Abstimmung in der Volksversammlung (Gemeinwille durch Mehrheitsfindung)
- **Kritik**: Widerspruch zwischen Anspruch auf Freiheit und dem Zwang, sich dem Gemeinwillen unterzuordnen; Fehlen vorstaatlicher Rechte (Menschenrechte); Leugnen der Interessensvielfalt; fehlender Minderheitenschutz; keine Entsprechung von Mehrheitsmeinung und Gemeinwillen
- Identitätstheorie als **Legitimation für die direkte Demokratie** (z. B. Volksbegehren, Referendum), für kommunistische Systeme und für Faschismus (z. B. Nationalsozialismus)

Repräsentationstheorie nach John Locke (1632–1704)

- **Menschenbild**: Mensch als vernunftbegabtes Wesen mit der Fähigkeit, in Freiheit und Eigenverantwortung innerhalb der Grenzen des **Naturgesetzes (= Verbot, das Leben oder Eigentum eines anderen zu schädigen)** zu handeln; Freiheit und Gleichheit aller
- **vorstaatliche natürliche Menschenrechte**: Recht auf Selbsterhaltung, Recht auf Selbstjustiz
- Staatszweck: **Schutz des Eigentums** und der **individuellen Rechte**
- die Bürger (**Eigentümer!**) übertragen einen Teil ihrer natürlichen Macht auf die politische Gemeinschaft/**Repräsentanten** (Volk als eigentlicher Souverän)
- Legislative als höchste Gewalt; Exekutive an Gesetz gebunden (↔ Absolutismus)
- gegenseitige Kontrolle → Grenzen der Macht im Naturrecht des anderen (Leben/Eigentum)
- **Widerstandsrecht** des Volkes bei Machtmissbrauch (Rückfall in den Naturzustand); vorstaatliche Menschenrechte vor allem als Freiheits- bzw. Abwehrrechte gegenüber dem Staat
- **Kritik**: keine Judikative; nur Eigentümer sind Bürger (Wahlrecht proportional zum Eigentum)
- **Niederschlag im deutschen Grundgesetz**: Volkssouveränität, Übertragung der Staatsgewalt auf Repräsentanten, Gewaltenteilung, Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4)

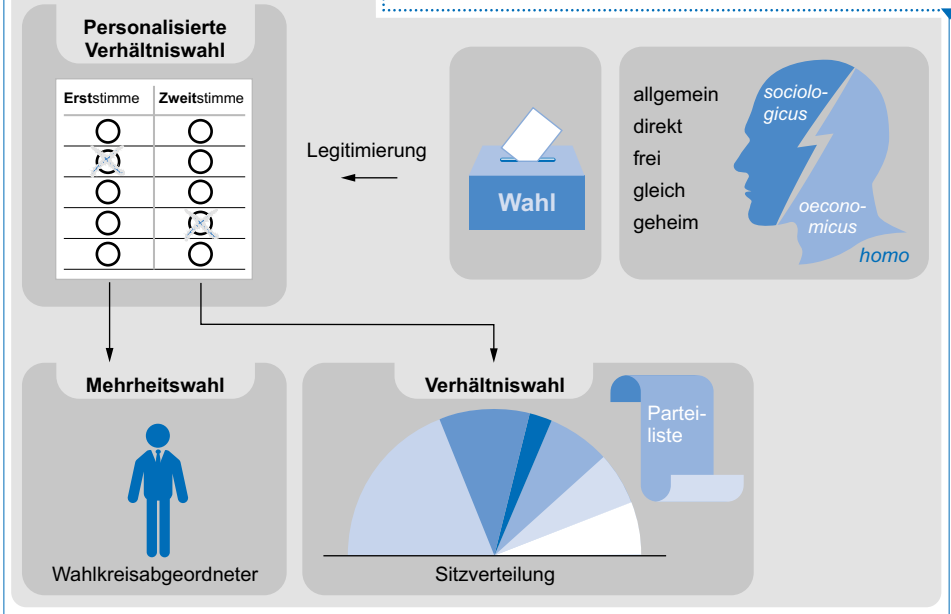
Pluralismusmodell nach Ernst Fraenkel (1898–1975)

- **realistisches Menschenbild**: Mensch in der offenen Gesellschaft agiert interessengeleitet (**Partikularinteressen**) und ist Mitglied verschiedener Gruppen (**heterogene Gesellschaftsstruktur**) → Konflikte legitim und notwendig (↔ totalitäres System)
- Basiskonsens über die **Grundwerte des Zusammenlebens** und Akzeptanz grundlegender **Spielregeln der politischen Auseinandersetzung** zum Erhalt des pluralistischen Systems
- **Annahme**: Konflikte zwischen den Interessengruppen münden in einen Konsens → gesellschaftliches Gleichgewicht; Definition des Gemeinwohls **a posteriori („im Nachhinein“)**
- politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch Abgeordnete nach dem Mehrheitsprinzip; Wirken einer Vielzahl von Parteien und Interessengruppen
- **Aufgabe des Staates**: Ausgleich der Benachteiligung schwacher Interessen
- **Kritik**: Machtungleichgewicht → Dominanz der Interessen der Organisationselite; Spielregeln und Auslegung der Grundwerte „beliebig“ (z. B. Missachtung sozialer Gerechtigkeit)
- Pluralismus als zentraler **Leitgedanke demokratischer Gesellschaften**



Auf einen Blick

Übrigens ... Die erste Wahlteilnahme hat großen Einfluss auf unsere lebenslange Wahlbeteiligung. Deshalb ist es wichtig, v. a. die Erstwähler zur Wahl zu motivieren.



Zentrale Funktionen von Wahlen

- einfachste und egalitärste Form der Partizipation im repräsentativen System
- **Repräsentation** der Interessen der Bevölkerung in politischen Institutionen → **Legitimierung**
- **Rekrutierung** der politischen Elite
- **Kontrolle** der politischen Handlungseinheiten durch Abwählbarkeit
- **Konkurrenzkampf**: Entwicklung **alternativer Problemlösungen/Sachprogramme**
- Hervorbringen einer **handlungsfähigen Regierung** (Ergebnis der Wahl)

Wahlrechtsgrundsätze

- durch das Grundgesetz festgelegt (Art. 38 GG) → Bundes-, Landes- und Kommunalebene
- **Wahlrechtsgrundsätze**: Die Wahl ist ...
 - **allgemein**: alle Staatsbürger ab 18 Jahre verfügen über ein aktives und passives Wahlrecht
 - **unmittelbar/direkt**: die Abgeordneten werden direkt, d. h. ohne Zwischeninstanz, gewählt
 - **frei**: kein Wahlzwang, freie Wahlentscheidung
 - **gleich**: jede Stimme zählt gleich (Einschränkung: 5 %-Klausel → „Gefahr verlorener Stimmen“)
 - **geheim**: die Wahlentscheidung ist anonym



Wahlsystem zum Deutschen Bundestag

- Wahlsystem: **personalisierte Verhältniswahl**; Wahlturnus: 4 Jahre
- Einteilung des Bundesgebiets in 299 Wahlkreise (= Hälfte der Anzahl der Bundestagssitze)
- **Erststimme**: Stimme für einen Wahlkreiskandidaten (Personenwahl; relative Mehrheitswahl → **Direktmandat**); **Zweitstimme**: Stimme für die Landesliste einer Partei (Verhältniswahl: Anteil der Sitze im Parlament entspricht dem Zweitstimmenanteil → **Listenmandat**)
- Ermittlung der **Sitzverteilung im Bundestag** entsprechend des Zweitstimmenanteils nach dem Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren
- Besetzung der Bundestagssitze mit den Wahlkreisgewinnern der jeweiligen Partei; die übrigen Plätze werden entsprechend der Reihenfolge der Partei-Landeslisten vergeben
- **Überhangmandate**: entstehen, wenn Anzahl der Direktmandate einer Partei > Anzahl Listenmandate; zur Verhinderung von Verzerrungen des Zweitstimmenproporzes Einführung von **Ausgleichsmandaten** für die anderen Parteien → steigende Sitzzahl (2017: 709 Sitze)
- **Sperrklausel** in Höhe von 5 % der abgegebenen Zweitstimmen oder mindestens drei Direktmandate über die Wahlkreise → Stimmen für Kleinstparteien gehen verloren

Theorien des Wahlverhaltens

Theorie des rationalen Wählers

- dahinterstehendes Menschenbild: **homo oeconomicus**
- Wahlentscheidung als **Kosten-Nutzen-Kalkulation**: Wahl derjenigen Partei, von der der größte persönliche Vorteil zu erwarten ist; Vergleich der Regierungsarbeit der vergangenen Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Opposition (Nutzendifferential)
- **„issue-voting“**: Orientierung an Sachfragen
- große Bedeutung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Person der Politiker
- **Grenzen**:
 - Faktoren, die die Interessen der Wähler beeinflussen, werden nicht berücksichtigt
 - hohe Informationskosten/unvollständige Information im Vorfeld der Wahlentscheidung
 - **Ungewissheit** über das künftige Regierungshandeln und Auswirkung auf persönlichen Nutzen
 - **Wahlparadoxon**: „Schleier der Bedeutungslosigkeit“ der eigenen Wahlentscheidung; Warum sollte man überhaupt zur Wahl gehen?
 - Theorie erklärt nicht, warum die Wahlentscheidung auch zugunsten **kleiner Parteien** ausfällt, obwohl diese **keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung** haben

Theorie des sozial eingebetteten Wählers

- dahinterstehendes Menschenbild: **homo sociologicus**
- individuelles Wählerverhalten **sozialstrukturell** geprägt (z. B. durch Alter, Konfession, Beruf)
- Wahlverhalten als **Gruppenverhalten**: Gruppenzugehörigkeit begünstigt gleiche Wahl
- stabiles, über längere Zeit konstantes Wahlverhalten
- **Grenzen**:
 - mangelnde Erklärung für Wechselwahl/Nichtwahl
 - Nichtbeachtung von kurzfristigen Einflüssen durch Medien, Wahlkämpfe und Kandidaten





© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK